



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/75 - 30. März 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Atomwaffen für die Bundeswehr	S. 1
Nehrus Dilemma - KP-Sieg in Kerala	S. 2
Bürokratie und Reisezeit	S. 4
SPD und selbständig Schaffende	S. 6
Anhang: Kommuniqué von der Sitzung der Führungsgremien der SPD	

## Weitstanz auf dem Vulkan der Unsicherheit

sp - Als vor etwa zwei Jahren im westlichen Lager das Problem der Stationierung von Atomgeschützen erörtert wurde, lehnten die meisten westeuropäischen Staaten es ab, diese gefährlichen Werkzeuge auf ihrem Boden einbauen zu lassen. Nur die Regierung der Bundesrepublik verzichtete auf einen entsprechenden Protest. Die Atomgeschütze wurden besonders im Raume Rheinland-Pfalz stationiert. Wie es damals hiess, waren es 26 an der Zahl.

Die Begründung für den Protest der anderen westeuropäischen Staaten gegen die Stationierung von Atomgeschützen, lautete: Wir verzichten auf diese Art von "Schutz", weil wir im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa für ferngelenkte Geschosse aus dem Osten und für östliche Atombomben nicht die erste Zielscheibe sein wollen.

Die Dinge sind inzwischen etwas in Vergessenheit geraten, werden jetzt aber wieder aktuell, nachdem man gehört hat, dass auch die neue Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll. Vor einiger Wochen ging durch die deutsche Presse die Nachricht, Bundesverteidigungsminister Strauß habe in der Wüste Sahara Ausbildungsmöglichkeiten für zukünftige deutsche Atocanoniere geprüft. Diese Nachricht wurde damals dementiert... An das Dementi denkt heute niemand mehr. Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr scheint beschlossene Sache zu sein.

Am Freitag hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, gegen die Absicht, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, protestiert. Er hat diesen Protest mit der Forderung verbunden, die Bundesregierung solle ihre ganze Kraft auf die Frage der Abrüstung und der Entspannung, nicht die der zusätzlichen Aufrüstung mit Atomwaffen konzentrieren.

Was jetzt in der Bundesrepublik vorbereitet zu werden scheint, ist der Weitstanz auf dem Vulkan der Unsicherheit. Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr führt automatisch zu einer Erhöhung der Spannungen zwischen Ost und West, zu verstärkter Unsicherheit für Deutschland und verhindert gleichzeitig die Anbahnung erfolgversprechender Verhandlungen über die Wiedervereinigung. Es geschieht also das Gegenteil von dem, was im Interesse der Sicherheit des deutschen Volkes geschehen müsste.

\* \* \*

Des indischen Kommunismus Sieg und Ende?

Die Verfasserin dieses Artikels  
bereiste längere Zeit Indien.

I.D. In Kerala, dem kleinen südindischen Staat an der Westküste des Landes, haben die Kommunisten bei den soeben abgeschlossenen Wahlen 58 Sitze im Landtag gewonnen - sechs weitere hätten ihnen die absolute Mehrheit eingetragen. Nehrus Kongresspartei erhielt zwar 100 000 Stimmen mehr, konnte sich aber (nach dem in Indien praktizierten Persönlichkeitswahlrecht) nur 42 Sitze sichern.

Die Bevölkerung von Travancore-Cochin, das den grössten Teil dieses durch die Re-organisation der Staaten entstandenen Kerala ausmacht, war zweimal während der letzten fünf Jahre zur Neuwahl ihres Landtages aufgerufen worden. Beide Male gab es keine klaren Entscheidungen - die stärksten daraus hervorgegangenen Parteien, Kommunisten und Kongresspartei, waren allein oder auch mit der Unterstützung ihnen nächstehender kleiner Splitterparteien nie stark genug, die Regierung zu bilden. Minderheitsregierungen versagten nach kurzer Zeit, und die Geschäfte des kleinen Staates mussten schliesslich bis zu den Wahlen der Zentralregierung in Delhi übertragen werden.

Auch die Sozialisten hatten ein kurzes Gastspiel als Minderheitsregierung gegeben. Aber auch sie vermochten nicht viel auszurichten, da sie auf die Unterstützung der einen oder der anderen grossen Partei angewiesen waren. Als sie eine Bodenreform durchzuführen begannen, versagte ihnen Nehrus Kongresspartei, in deren Reihen sich viele Grossgrundbesitzer befinden, die weitere Unterstützung. So erwiesen sich also die Sozialisten in den Augen der Bevölkerung Keralas als ebenso unfähig wie eine Kongressregierung, der 1948 noch eine absolute Mehrheit zur Verfügung gestanden hatte und die durch Uneinigkeit und Eifersüchteleien in ihren eigenen Reihen nie zu einer guten Regierungsführung oder zur Durchführung fortschrittlicher Massnahmen gelangt war.

Die Wahlen von 1952 brachten daher das erste Mal die Kommunisten auf den Plan. 1954 wiesen sie bereits eine bedrohliche Stärke auf. Die Bevölkerung von Kerala hat nun den Kommunisten eine echte Chance gegeben und dies in einem Staat, in dem der grösste Teil der Katholiken Indiens ansässig ist und wo auf Grund reger Missionarstätigkeit die Zahl der Analphabeten in Kerala weitaus niedriger liegt als im

übrigen Indien.

Die Verfassung der Indischen Union verlangt lediglich von denen, die zur Regierungsbildung aufgerufen werden, dass sie eine gut funktionierende Verwaltung zusichern können. Mit dieser Massgabe allein kann also auch eine Neuru-Regierung in Delhi die Bildung einer kommunistischen Regierung in Kerala nicht verhindern, auch wenn man mit Recht die Frage aufwirft, wie die Kommunisten, die erklärte Feinde der Demokratie sind, innerhalb einer Union von demokratisch regierten Staaten regieren können. Um ihr Programm durchzuführen, brauchen sie bekanntlich uneingeschränkte Macht. Haben sie die nicht, müssen sie unweigerlich versagen.

Der indischen Zentralregierung obliegt nun eine zweifache Aufgabe. Sie muss einerseits die demokratische Entscheidung der Bevölkerung Keralas respektieren und andererseits jede der Demokratie abträgliche Massnahme zu verhindern versuchen. Ebenso gilt es, die Autonomie des indischen Staates zu sichern, denn es ist eine Tatsache, dass Kommunisten im Falle einer nationalen Krise sich einer exterritorialen Macht unterordnen. Die Zentralregierung hat zweifellos die Macht dazu, die in der Verfassung der Indischen Union verankert ist und die den Einsatz eines Gouverneurs für jeden Staat vorsieht. Bisher ist diese Machtbefugnis nicht ausgeübt worden, weil Zentralregierung und Länderregierungen ohne Ausnahme von der gleichen politischen Partei gebildet worden waren.

Mit einiger Wachsamkeit und mit Hilfe eines aufmerksamen Gouverneurs dürfte es den Kommunisten in Kerala unmöglich sein, eine Diktatur aufzurichten. Kerala wird Jener nicht zum Schaufenster einer kommunistischen "Volksrepublik" werden wie etwa Jenan in China, von wo aus Mao seinen Marsch nach Peking vorbereitete. Der Wahlsieg der Kommunisten in Kerala scheint daher eher eine zweiseitige Angelegenheit für sie zu werden, denn für eine Demokratie hat der Kommunismus kein Programm. Möglicherweise wird auf diese Weise in Kerala, dem kleinen Staat in Südindien, der Kommunismus in Indien für immer zu Grabe getragen.

30. März 1957

Immer noch Pässe?

FB. Nur noch wenige Wochen, dann wird in der Bundesrepublik die Reisesaison wieder in vollem Umfange eingesetzt haben. Man mag darüber denken, wie man will, ob es richtig ist, dass man nur in der Ferne und im Ausland sein Vergnügen und seine Erholung sucht, an dem Tatbestand kommt man nicht vorüber, dass auch in dieser Saison Millionen von Deutschen die Grenzen überschreiten werden. Und im Grunde genommen ist es sogar gut, wenn nach fast jahrzehntelanger Abschneidung die Menschen der verschiedenen Völker sich kennen lernen.

In dieser praktischen europäischen Politik dürfte die SPD mit Euphorie und Recht für sich erhebliche Verdienste in Anspruch nehmen, denn es ist nicht zuletzt ihrem Wirken im Parlament zu verdanken, wenn dieser europäische Reiseverkehr heute so wenig wie möglich mit bürokratischen Hemmnissen belastet ist. Hätte die SPD nicht dauernd Anträge gestellt, den Visumzwang, wenn nötig, einseitig, abzuschaffen, jeder Reisende wäre heute noch darauf angewiesen, zeitraubende Konsularbesuche abzustatten, um einen Stempel zu erhalten.

Diese Erfolge aber genügt der SPD nicht, sie wünscht auch, dass soweit wie möglich der Passzwang beseitigt wird, denn auch dieses Papier kostet Geld und verursacht mancherlei Laufereien. Ein Teilerfolg ist jetzt schon zu verzeichnen, denn für eine Reise nach Frankreich, Belgien oder Luxemburg wird kein Pass mehr benötigt.

Wie aber steht es mit den anderen europäischen Reiseländern? Am günstigsten sind die Aussichten, zu einem Abschluss zu kommen, für Österreich, Österreich hat mit Wirkung vom 1. Februar 1957 einen Personalausweis eingeführt, der im Reiseverkehr mit einer Reihe von OEEC-Staaten als Reisedokument anstelle eines Reisepasse Verwendung findet. Die Österreichische Regierung hat wissen lassen, dass sie sich einem Vorschlag, den Passzwang im Verkehr zwischen den beiden Ländern abzuschaffen, nicht abgeneigt zeigen werde. Es besteht also die Hoffnung, dass hier für den diesjährigen Reiseverkehr noch eine Erleichterung eintreten kann.

Auch die Verhandlungen mit Holland sind aussichtsreich, da die

niederländische Regierung erwägt, mit den Nachbarstaaten zu vereinbaren, auf den Pass zu verzichten. Die Holländer selbst würden von dieser Maßnahme allerdings nicht profitieren können, weil es in den Niederlanden keinen Personalausweis gibt und seine Staatsbürger also wohl oder übel auf den Pass angewiesen sind.

Nicht günstig stehen die Verhandlungen mit Italien, denn die italienische Regierung hat selbst einen Vorschlag abgelehnt, den Sichtvermerkzwang für längere Reisen als drei Monate abzuschaffen. (Für Reisen unter drei Monaten wird schon seit November 1954 kein Visum verlangt.) Dieses negative Ergebnis lässt darauf schließen, dass kaum noch in dieser Reisezeit ein deutsch-italienisches Abkommen über die Beseitigung des Passzwanges zustandekommt.

Trotzdem sollte die Bundesregierung alle Anstrengungen unternehmen, um zur Erleichterung des Reiseverkehrs neue Verhandlungen zu beginnen. Insbesondere sollte man in diese Bemühungen auch die nordischen Staaten einbeziehen. Vor allem sollte man ruhig auch den Weg der Einseitigkeit beschreiten, wenn sich Abkommen nicht erzielen lassen. Die Abschaffung des Visumzwanges für Holländer, die nach Deutschland reisen, war ein klassisches Beispiel, denn kurze Zeit, nachdem wir den Visumzwang abschafften, haben die holländischen Hoteliers ihrer eigenen Regierung so sehr in den Ohren geläutert, dass sie kurze Zeit später nachziehen musste.

Auf dem Gebiet des Passzwanges sollte man deshalb ruhig mit gutem Beispiel vorangehen, vor allem mit Ländern, mit denen Abkommen über die gegenseitige Rücknahme von Staatsbürgern besteht. Es ist zu hoffen, dass die Bundesregierung sogenannte europäische Politik nicht nur in hochtrabenden Verträgen betreibt, sondern sich auch dann als europäisch erweist, wenn es gilt, die Würder im Verkehr der Menschen aus dem Wege zu räumen.

\* \* \*

Selbständige sind unentbehrlich

Die SPD ist ganz wesentlich interessiert am Problem der Mittelschichten, soweit darunter die berechtigten Interessen der Berufsgruppe der "selbständig Schaffenden" verstanden werden. Nicht nur wegen deren zahlenmässiger Stärke - ein Fünftel der Bevölkerung zählt heute zu dieser Gruppe - sondern auch wegen ihrer wichtigen wirtschaftlichen und politischen Funktionen, die ihr sowohl im heutigen Wirtschaftssystem als auch in der Idealkonzeption einer sozialistischen Wirtschaftsordnung zukommen.

Die Technisierung und Komplizierung des Wirtschaftslebens ist nicht, wie irrtümlich vielfach geglaubt wird, mit der Tendenz zur ausschliesslichen Grossbetriebswirtschaft verbunden. Wirtschaftliche Funktionen, die nur oder besser im Kleingewerbe oder im freien Beruf erfüllt werden können, bleiben im Laufe dieser Entwicklung erhalten und entstanden sogar neu. Als Beispiele sind etwa im Handwerk die Automobil- oder Elektromechaniker, in den freien Berufen die Steuerberater zu nennen. Es ist bemerkenswert, dass die Zahl der Beschäftigten in Handwerksbetrieben heute im Bundesgebiet rund 3,8 Millionen beträgt, 1926 im ganzen Reich dagegen nur 2,4 Millionen. Obwohl das Vergleichsgebiet also erheblich kleiner ist, wuchs die Zahl um 1,1 Millionen.

Auf zahlreichen Gebieten, gerade der hochentwickelten Technik, leistet das Handwerk unentbehrliche Hilfsdienste. Seine Bedeutung für die Ausbildung des Nachwuchses, auch für das industrielle Facharbeitertum, ist heute, wie in der Vergangenheit, gross. Ebenso ist das heutige Wirtschaftsleben ohne die Funktionen des Einzelhandels und der freien Berufe nicht denkbar.

Gesellschaftspolitisch ist die SPD an der Erhaltung und Stärkung dieser Gruppen schon deshalb besonders interessiert, weil sie in der Konzentration der wirtschaftlichen Macht und deren Missbrauch eine politische Gefahr sieht. Ein Grundelement des politischen Programms der Sozialdemokratie ist der Kampf gegen den Missbrauch von wirtschaftlicher Macht. Je konzentrierter diese Macht ist, desto gefährlicher ist sie für die politische Freiheit und damit für die Demokratie.

Die SPD ist sich aber auch bewusst, dass die Ausübung der selbständigen Berufe von grösster Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der Persönlichkeitswerte ist. Es ist nicht hoch genug zu schätzen, dass hier ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung Gelegenheit zu eigenverantwortlicher wirtschaftlicher Arbeit und Initiative hat. Der Sozialismus erstrebt die freie Entfaltung des Menschen im Beruf, nicht ein wirtschaftliches Robotertum. Gerade im Zeitalter der Technik besteht hier eine ernste Gefahr.

Der Sozialismus schätzt auch die enge Bindung, die persönliche Einstellung, die sich in diesen Berufen der Arbeit gegenüber ergibt. Das Wirtschaftsbild des Sozialismus sieht das Verhältnis zur Arbeit nicht nur rein materialistisch. Arbeit ist nicht nur Mittel zum Gelderwerb. Jeder Schaffende soll sich vielmehr eigene Verantwortung hinsichtlich des Erfolgs und des Zwecks seiner Arbeit haben. Arbeit ist nicht der alleinige und ausschliessliche, aber doch mit ein Sinngehalt des Lebens. Hier stimmt die sozialistische Auffassung mit der traditionellen Berufsauffassung der selbständigen Berufe überein. (Aus dem Informationsdienst der Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender der SPD.)

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Kommuniqué von der Sitzung der Führungsgremien der SPD am  
29. und 30. März 1957

Der Vorstand, Parteiausschuss und die Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in seiner gemeinsamen, unter Vorsitz von Erich Ollenhauer, am Freitag und Samstag in Bonn stattgefundenen Sitzung noch einmal einmütig festgestellt, dass die SPD hinter Herbert Wehner steht.

Im Zusammenhang mit dem Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden, Wilhelm Mellies, über aktuelle innenpolitische Fragen bestätigten die Führungsgremien der SPD erneut einmütig ihre bereits mehrfach zum Ausdruck gebrachte Haltung zur Frage der Amnestie für politische Häftlinge in der Bundesrepublik. Aus menschlichen und politischen Gründen, aber auch im Hinblick auf das Schicksal der politischen Häftlinge in der sowjetisch besetzten Zone fordert die SPD in der Bundesrepublik die Freilassung der politischen Gefangenen. Für unbedingt erforderlich erachtet die SPD die sofortige Trennung der politischen von den kriminellen Häftlingen in den Strafanstalten der Bundesrepublik.

Zum Problem der in der Öffentlichkeit in letzter Zeit stark diskutierten Besoldungsreform für Beamte ist der Parteivorstand der Ansicht, dass die Besoldungsreform auf alle Fälle noch in diesem Bundestag verabschiedet werden muss. Der Vorstand begrüsst die im Ausschuss des Bundestages erarbeiteten strukturellen Änderungen der Besoldungsordnung, die unter anderem in den meisten Besoldungsgruppen eine wesentliche Hebung der Anfangsgehälter bringt. Damit wird eine Regelung erreicht, die die Sozialdemokratie bereits in ihrem Dortmunder Aktionsprogramm 1952 gefordert hat. Bei der Gesamtbeurteilung der Besoldungserhöhung muss diese strukturelle Neuordnung besonders beachtet werden. Über den Umfang der linearen Besoldungserhöhung wird die Bundestagsfraktion nach Abschluss der Ausschusseratungen beschliessen. Dabei ist es wünschenswert, dass die Neuregelung von einer breiten Mehrheit im Parlament getragen wird.

Über die schon angelaufenen Wahlkampf vorbereitungen berichtete das Vorstandsmitglied Fritz Heine. Der Wahlkampf wird mit einer Grosskundgebung am 16. Juni in Dortmund mit Erich Ollenhauer als Hauptsprecher eröffnet werden. Die Sozialdemokratie wird bei aller gebotenen Schärfe den Wahlkampf sachlich führen. Über Erwarten gross ist die Zahl der ehrenamtlichen Wahlhelfer, die sich schon jetzt freiwillig für Wahlarbeit gemeldet haben. Bisher liegen aus der Hälfte aller Ortsvereine der SPD über 51 000 Meldungen von Männern und Frauen vor.

Das Vorstandsmitglied Max Kukil berichtete über den Stand der Parteiorganisation. Die wachsende Anziehungskraft der Sozialdemokratie findet ihren Niederschlag in einer starken Mitgliedersteigerung. So betrug Ende 1955 der Mitgliederstand 585 000, Ende 1956 611 496. Allein in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres traten über



30. März 1957

8 000 Männer und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung der SPD als Mitglied bei. Über 52 Prozent aller neu gewonnenen Mitglieder sind unter 40 Jahre.

Mit grossem Interesse nahm die Tagung einen Bericht von Erich Ollenhauer über seine Amerika- und Israel-Reise zur Kenntnis. Erich Ollenhauer ist es gelungen, in Gesprächen mit den führenden Politikern beider Länder weitgehendes Verständnis für die Ziele und Auffassungen der deutschen Sozialdemokratie zu erwecken.

Das Vorstandsmitglied Herbert Wehner umriss die Haltung der SPD in den Fragen über Gemeinsamer Markt und Euratom. Die endgültige Stellungnahme der SPD zum Gemeinsamen Markt wird davon bestimmt sein, ob es gelingt, die kritischen Einwände und Bedenken zu beseitigen. Auf keinen Fall dürfe der Gemeinsame Markt zu einer Erschwerung des Interzonenhandels führen, und bei Euratom komme nur die ausschliessliche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke in Frage.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes findet am 10. und 11. Mai statt.

\* \* \*